

Iran zwischen Europa und den USA

Von Daryoush Homayoun / Iran Konferenz im DAI / 2. Juli 2005

Zwei bedeutsame Tage sind mit der Einstellung von Europäern und Amerikanern gegenüber der Islamischen Republik verknüpft. Zum Einen ist dies ein Tag im Oktober 1979, als „studentische Anhänger der Linie des Imam“ im ersten Jahr des Triumphes der islamischen Revolution in die Botschaft der USA in Teheran eindringen und 55 amerikanische Diplomaten als Geiseln nehmen (zur selben Zeit befand sich der Geschäftsträger der amerikanischen Botschaft im Außenministerium Irans, das für ihn 444 Tage lang zum Gefängnis wurde, womit zum ersten Mal ein Außenministerium zum Gefängnis umfunktioniert wurde). Zum Zweiten ist dies ein Tag im September 2001, als islamische Terroristen drei Zivilflugzeuge in das *World Trade Center* und das *Pentagon* steuerten. Diese beiden bislang einzigartigen Geschehnisse, wie noch viele andere blutige und zerstörerische Entwicklungen, zählten zu den Folgeerscheinungen des Triumphes des islamischen Fundamentalismus in einem Land von der Bedeutung Irans. Seit nunmehr 26 Jahren lassen sich islamische Extremisten, auch wenn es sich dabei um fanatisierte Sunniten handelt, die bereit sind schiitisches Blut zu vergießen, von der Niederzwingung des mächtigsten Regimes in der islamischen Welt inspirieren. Und wenn sie noch mehr Inspiration benötigen sollten, so finden sie sie in der Niederlage der Sowjetarmee in Afghanistan, welche ihnen die Amerikaner möglich machten.

Der Triumph der Islamischen Revolution schlug ein neues Kapitel für die internationalen Verbindungen Irans auf, eines, das noch immer andauert und den auswärtigen Beziehungen Irans eine neue Ausgangslage verliehen hat. Bis dahin galt der Iran als die wesentliche Verteidigungslinie des Westens im Persischen Golf (bis zum Untergang der Sowjetunion konnte man noch westlicherseits von einem Heerlager reden), und sein machtvolleres Auftreten, dank des umfassenden Rückhalts der USA für die Führungsrolle des Heerlagers des Westens, machte jegliche plötzliche und radikale Veränderung in der Region unmöglich. Weder vermochte die Sowjetunion ihren Kriegszug in Afghanistan als ernsthafte Option zu begreifen, noch durfte der Irak an die Besetzung Kuwaits oder der Erdölfelder im Persischen Golf denken. Nach der Geiselnahme der Diplomaten setzte eine Periode der Dunkelheit

in den Beziehungen mit den USA ein, und die terroristischen Attacken der Islamischen Republik führten schließlich sogar zur Feindschaft mit den USA. Dies hatte zur Folge, daß die Amerikaner im Krieg zwischen Iran und Irak Partei für Saddam Husain ergriffen und auf die Herausforderung der Revolutionswächter im Persischen Golf mit der Vernichtung eines großen Teils der Seestreitkräfte Irans antworteten und am Ende gar ein iranisches Zivilflugzeug mit einer schiffsgestützten Rakete abschoßen und so den Krieg zwischen Iran und Irak zu beenden halfen. Nunmehr hat das atomare Waffenprogramm des islamischen Regimes die Krise zwischen beiden Ländern aufs Neue angefacht, und es ist durchaus vorstellbar, daß dies eine gefährliche Lage provoziert.

Für andere Länder, unter anderem Europa, würde nichts natürlicher erscheinen als schnellstens den von der USA geräumten Platz einzunehmen (Anmerkung: die Begriffe Europa und „erweiterter Mittlere Osten“ sind im vorliegenden Vortrag weit gefaßt). Obgleich Iran für Europa stets offen gewesen war, wurde wiederum die Perspektive eines besonderen Jagdgebiets fern von der Konkurrenz mit den USA in diesem wichtigen Land in der Region zum Antrieb für die Aufnahme engster Beziehungen mit der Islamischen Republik. Dies ging so weit, daß man sogar hinsichtlich der Sicherheit der europäischen Länder selbst zurücksteckte, nur um sich das Wohlwollen des Regimes zu erhalten. Bis vor einigen Jahren (und bis zur für Iran beschämenden Öffnung der Untersuchungsakte zu den Morden im Restaurant Mykonos in Berlin) waren Frankreich, Deutschland, Österreich und Italien das „bevorzugte Jagdgebiet“ einer anderen Art für die Islamische Republik. Dutzende von Gegnern des Regimes wurden in diesen Ländern auf brutalste Weise ermordet, und die Täter, sogar wenn sie festgenommen und mit allem Nachdruck des Staates (wie im Falle Frankreichs) abgeurteilt wurden, kamen ungeschoren davon. Die Islamische Republik ließ es dabei jedoch nicht bewenden und machte gleichsam ganze Gruppen französischer Staatsbürger zu Opfern ihrer terroristischen Attacken. Die Handlanger des Regimes schmuggelten mit Leichtigkeit alles, was sie wollten, in die europäischen Länder. Der vollständige Handelsbann seitens der USA über die Islamische Republik im Jahr 1996 verlieh den besonderen Beziehungen Europas mit dem Molla-Regime neuen Glanz, und gerade die Franzosen unterzeichneten einige umfängliche Ölabkommen, die bei den Iranern die Erinnerung an die koloniale Ausbeutung durch die frühere Anglo-persische Ölgesellschaft wachriefen.

Nachdem der Fall der Sowjetunion der NATO die wesentliche Bündnisgrundlage entzogen und die angeblich natürliche Einheit Westeuropas mit den USA aus seinem „natürlichen“ Zustand herausgeholt hatte, wurde die Beziehung mit der Islamischen Republik zur zweiten Ursache des täglich zunehmenden Auseinanderdriftens der USA und des vereinten Europa in der NATO, bis schließlich der Angriff der USA auf den Irak und die darauf folgende Besetzung des Landes die größte Krise in der Geschichte des Militärbündnisses auslöste. Während insbesondere nach dem 11. September die Amerikaner um so mehr dem islamischen Regime die Stirn boten, vertieften die Europäer in großem Umfang ihre Beziehungen mit diesem. Nichts zeigt heute deutlicher dieses Auseinanderdriften als die Atomverhandlungen mit der Islamischen Republik. Indem die Islamische Republik die sinnlosen Debatten mit Europa verschleppte, war sie imstande, ausreichend Zeit für das Vorantreiben des Programms zur Erzeugung von Atombomben zu gewinnen und die sensiblen Einrichtungen in unterirdischen Verstecken und an verstreuten Punkten den Blicken anderer zu entziehen. Wären der Druck der USA und die ernste Drohung militärischen Eingreifens nicht gewesen, hätten die Europäer ohne große Schwierigkeit eine Islamische Republik, die über die Atombombe gebot, akzeptiert. Nun sind es wiederum die USA, die, indem sie der Islamischen Republik einige Sonderkonditionen einräumen, sich daran machen, die Europäer auf eine Marschroute zu trimmen, bei deren Umsetzung diese es nicht zu verhindern vermögen, die Atomverhandlungen mit Iran vor dem Sicherheitsrat zu verhandeln. Ebenso zeigen der Fall des Verkaufs von Technologie und Offensivwaffensystemen an China, daß für die Europäer sich alles auf wirtschaftliche Überlegungen reduziert. Die Gefahr eines militärischen Zusammenstoßes geht nur dort in die Rechnung mit ein, an denen der ökonomische Vorteil Europas im Zentrum steht. Die Menschenrechte sind ein wichtiges Thema, aber nur bis zu einem gewissen Maße. Die USA-Feindlichkeit der öffentlichen Meinung des „alten“ Europa ist solcherart, daß nicht viel Raum bleibt für das Gefühl des Abscheus vor Regimen wie die der Islamischen Republik, Mugabes oder Yasir Arafats. Insbesondere sind die Franzosen die Preisträger, wenn es darum geht, die besten Freunde der schlimmsten Diktatoren zu sein.

Die Bezugnahme auf zwei wichtigen Geschehen, den Fall der Mauer in Berlin und den 11. September, ist in jeder Erörterung über die Beziehungen zwischen den USA und Europa

unerlässlich, gerade im Kontext mit Iran. Das erste Ereignis lieferte Europa den Ansatzpunkt zu einer neuen Geschichte. Ein europäischer Staatsmann hat darauf hingewiesen, daß das neue Zeitalter Europas mit jenem Ereignis seinen Anfang genommen und die Weltsicht der Europäer verändert hat. Seitdem war man imstande als Europa und nicht als NATO und an den Bau eines neuen Europa zu denken und nicht nur daran, vor dem in Verteidigungsstellung zu gehen, was die bluttriefende Verheerung des Zweiten Weltkriegs hervorgebracht hatte. Es war nur natürlich, daß die Beziehung mit den USA und die Position der USA in Europa unverzüglich ins Zentrum der Überlegungen hinsichtlich der Zukunft Europas gerieten. Die USA waren nach Europa gekommen, um einem in die Fänge des Nazismus geratenen Kontinent zur Seite zu stehen, und ihn vor der drohenden Gefahr zu bewahren, in die Fänge des Kommunismus zu fallen. Und welche Rolle konnten sie dabei spielen? Die Linke lag am Boden, unfähig zu Reformen, und auf der falschen Seite der Geschichte, wo zu erwarten stand, unter den Trümmern des Kommunismus begraben zu werden, fanden sie ein neues Betätigungsfeld. Mit der Machtübernahme der rot-grünen Koalition in Deutschland unter der Führung eines, der sich gegen die Wiedervereinigung Deutschlands ausgesprochen hatte, fanden die Franzosen den Verbündeten, den sie sich so sehr wünschten. Die politische Klasse Frankreichs, die, bestehend aus Gaullisten und Linken, selbst während der dramatischsten Phase des kalten Krieges, ihren Träumen von Größe und linkem Chic nachhing, schwankte stets in ihrer Beziehung zu den USA zwischen Freundschaft und Feindschaft. Nachdem der Fall der Sowjetunion einer weiteren Idee und Überlegung Frankreichs – nämlich eine dritte Kraft anzuführen und Schiedsrichter zwischen den beiden Seiten des kalten Krieges zu sein – ein Ende setzte, nahm der Anteil der Feindschaft in dieser Beziehung gegenüber der Freundschaft zunehmend größeren Raum ein. Der 11. September bot die Gelegenheit, die die Franzosen benötigten, um die Lenkung der anti-amerikanischen Welle im „alten“ Europa mit freundlicher Unterstützung Deutschlands zu übernehmen.

Der 11. September nimmt für die Amerikaner den Stellenwert ein, den der Fall der Mauer in Berlin für die Europäer besitzt. Er steht für den historischen Ausgangspunkt, der die Mehrzahl ihrer Prioritäten und geistigen Gewohnheiten verändert hat. An jenem Tag fanden sich die Amerikaner selbst als Zielscheibe einer tödlichen Bedrohung von bis dato ungekannter und unvorstellbarer Natur, sogar aus dem Umfeld derer, die ihre Unterstützung

genossen hatten. Ihre Reaktion auf diesen terroristischen Angriff bestand in der Ankündigung des umfassenden Krieges gegen die Terroristen und deren Unterstützer weltweit, was sich in den Worten von Präsident Bush spiegelt: „In diesem Kampf steht ihr entweder an unserer Seite oder an der der Terroristen!“. Jene Worte, die in Afghanistan und Irak direkt und in vielen anderen Ländern indirekt mit Taten einhergingen, enthielten, vergleichbar mit dem, was die Amerikaner in den vergangenen 40 Jahren ausgesprochen und ausgeführt haben, eine Wahrheit, die auf drastischste Art ausgesprochen und ausgeführt wurde. Der 11. September war die Tat einer kleinen Gruppe von Terroristen, allesamt akademisch Ausgebildete der Mittelklasse Saudi-Arabiens und Ägyptens entstammend, unter der Führung des Sohnes eines der höchsten Vertreter der saudischen Adelschicht. Doch zeigte sich schnell, daß sie lediglich die Spitze eines Eisbergs bildeten. Wenn die Bedingungen es gestatten, stehen jeden Moment Tausende freiwilliger Glaubenskrieger zur Wiederholung des 11. September bereit. Die Sphäre der islamischen Gesellschaften, sogar die der Gemeinschaften der Muslime der europäischen Länder, ist im allgemeinen derart von Rohheit und Mitleidlosigkeit durchtränkt, daß ein pakistanischer Schriftsteller, der in Großbritannien lebt, Nadim Islam, seinen Roman „Wegbeschreibungen für verloren gegangene Liebende“ als eine Reaktion auf die vielen kleinen 11. Septembers sieht, die sich jeden Tag in diesen Gemeinschaften abspielen. Die Amerikaner, die den Brandanschlag auf das *Rex* Kino in Abadan an der Schwelle der islamischen Revolution in Iran (wobei beinahe 500 Tote zu beklagen waren, die im Vergleich zu den Toten des 11. September an Bedeutung zurücktraten), die Geiselnahme ihrer Diplomaten und den Selbstmordangriff islamischer Glaubenskrieger auf ihre Kaserne in Beirut als voneinander unabhängige Geschehnisse wahrnahmen und sogar die späteren terroristischen Angriffe auf die Wohnsiedlung *al-Khabaar* in Saudi-Arabien und den Zerstörer *Cole* in Aden nicht als Botschaft begriffen, öffneten danach schnell ihre Augen für das nicht ganz so rezente Phänomen des islamischen Terrorismus.

Den islamischen Terrorismus kann man als ein Gemisch aus wahhabitisch-khomeinistischem Fundamentalismus definieren, der sich aus dem Ölgeld speist. Die wahhabitische Doktrin legt dessen Ziel fest: Aufbau der Herrschaft der Scharia nach der wahren und reinen wahhabitischen Deutung, auf der Grundlage des Qoran und insbesondere der Sunna (eben der Handlungen des Propheten des Islam in seiner Rolle als militärischer und politischer Führer), zunächst in den islamischen Ländern und danach in Verbindung mit demselben

Buch und derselben Sunna in der ganzen Welt. Die Methode, mit der dieses Ziel erreicht werden soll, legt die khomeinistische Doktrin fest: Ausnutzung der mangelnden Bildung und des Fanatismus der Massen der Muslime, die mit modernen Mitteln der Gehirnwäsche von unabhängigem Denken ferngehalten werden müssen, um sie bereit zu machen für den Dschihad, indem sie zu allem applaudieren, dem primitivsten und nahe liegendsten Terror frönen und allseitig blindwütige Gemetzel veranstalten. Diese politische und strategische Philosophie benötigte die überbordenden Öleinkünfte dazu, daß sie nochmals nach einigen Jahrhunderten das Schwert des Islam aus der Scheide ziehen konnte, und sie benötigte das Problem Palästina, um beständig die Gewogenheit der Massen zum Siedepunkt von Entrüstung und Rachsucht zu treiben. Wenn wir heute im Irak die Glaubenskrieger sehen, die, indem sie ihr Leben opfern, jeden, der erreichbar ist, Muslim, Nichtmuslim, Frau, Mann, Kind, Soldat und Zivilist, töten, ohne auch nur einen Gedanken daran zu verschwenden, und alles, was sie können, zerstören, damit, wie ihr Führer Zarqawi meint, die Demokratie nicht in jenes Land Einzug hält, dann sehen wir uns mit dem Extrem einer politischen Philosophie und Strategie konfrontiert, welches in der Zeit vom 18. bis 20. Jahrhundert aus der Mischung von Abd al-Wahhab und Khomeini hervorgegangen ist, und diese zeigt die Zukunft der Welt jedem, der es mag, in schönster Klarheit, ganz so wie die Islamisten (die nicht mit den Muslimen zu verwechseln sind) es sich wünschen.

Will aber jedermann dieses klare Bild sehen? Das Problem liegt genau darin, was die USA und Europa damit verbinden. Die Amerikaner hegen eine viel klareres Bild von der Natur der Bedrohung, die nicht nur sie selbst sondern die heutige Zivilisation und die Errungenschaften von fünf Jahrhunderten der Aufklärung und Vernunft bedroht. Auf die Europäer kann hingegen keiner bauen. Die Sicht der Amerikaner auf dieses Problem ist eine strategische und umfassende Sicht. Die Sicht der Europäer, auch wenn sie eine ausreichende Einschätzung der Ausmaße der Gefahr, die auf sie lauert, gefunden haben (nehmen sie Holland), ist politisch und begrenzt: Kaufen, Zugeständnisse machen, *appeasement* und gelegentliche Härte. Das weitsichtigste gedankliche Mittel der Europäer ist das vermehrte Bemühen um die Eingliederung der Mehrzahl der Gemeinden der muslimischen Auswanderer in die europäischen Gesellschaften. Diese großen Gemeinschaften, die sich starrköpfig weigern, sich den heutigen Gegebenheiten anzupassen und ihre Sitten, Gebräuche und Werte abzulegen, sind auf lange Sicht für die Europäer ein größeres Problem. Wenn es

Europa gelingt, die jüngere Generation der Frauen und Männer, die nicht einzeln sondern gemeinsam mit ihrer Familie und Dorfgemeinschaft hergekommen sind, in ihre Zivilisation einzubeziehen (ein Prozess, der in den USA besser vonstatten geht), wird es sich mit einer größeren Herausforderung konfrontiert sehen als die USA. Diese Millionen Muslimen, die in ihren Gettos in täglich größere Enttäuschung verfallen, bringen nicht nur keinerlei Wertschätzung für die Länder ihrer Gastgeber auf, sie werden vielmehr bereitwillig den feurigen Mündern der Prediger ihr Ohr leihen, die entweder von der Vernichtung des Westens reden oder von der Mission eines Teils der zurückgebliebensten menschlichen Gruppen, nämlich der Übertragung eben jenes wahhabitischen Islam auf das post-industrielle Europa.

Ein Teil der Kampfstrategie der USA gegen den islamischen Terrorismus besteht darin, diesen in seinem größten und einem seiner hintersten Schlupfwinkel auszumerzen. Die Islamische Republik ist derzeit nach Ansicht der Amerikaner der wichtigste Unterstützer des Terrorismus auf der Welt, und sowohl das islamische Regime in Iran als auch seine Politik während der vergangenen über zwanzig Jahre bekräftigen diesen Anspruch. Die USA verfolgen dieses Ziel in ihrem Rahmenplan für den „erweiterten Mittleren Osten“, und es steht nicht zu vermuten, daß sie selbst unter außergewöhnlichen Umständen und angesichts schlimmster Erwartungen zu den Waffen greifen wollen. Die Lektion, die die Amerikaner im Irak gelernt haben, hat ihnen die Bestätigung dafür geliefert, daß, wenn die Ersetzung eines Regimes auch einfach ist, die Probleme, die der Austausch des Regimes nach sich zieht, den gesamten Plan zum Scheitern bringen können. Die Unterstützung der Demokratiebewegung und der Menschenrechte in Iran nehmen daher einen um so höheren Rang in der Mittelost-Politik des Landes ein.

Im Kontext des Plans eines „erweiterten Mittleren Osten“ wird viel über die Stärkung der Freiheitsbewegung und der Zivilgesellschaft in den Ländern der Region geredet, deren Hauptexportgüter Erdöl, Menschenkraft und Terrorismus sind. Die im allgemeinen korrupten und diktatorischen Regierungen der Region, die, abgesehen von Syrien, beste Beziehungen mit den USA unterhalten, sind selbstredend nicht glücklich über das, was sie als Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer und Demokratieexport auf Befehl der USA nennen, und im allgemeinen bringen sie als Ausflucht vor, daß man sich

nicht an die grundlegendsten Reformen machen könne, solange das Palästina-Frage nicht gelöst sei. In Wirklichkeit darf man auch keine allzu großen Erwartungen in den Aufbau von Demokratie wie Menschenrechten in Gesellschaften setzen, die, wenn sie frei ihre Wahl treffen können, sich mehrheitlich den Islamisten zuwenden, welche in diesem Fall ein einziges Mal an das Prinzip von *one man one vote* glauben. Der Demokratieprozeß, obgleich mit der Unterstützung der einzigen verbliebenen Supermacht der Welt im arabisch-islamischen Mittleren Osten wird sich wegen dreier Faktoren lange hinauszögern: 1. Die Dominanz des Palästina-Problems auf jeder Ebene der Politik wie der Gesellschaft; 2. Die Israel-Feindschaft, die der Bildungs- und Nachrichtensektor (Medien, Moscheen, offizielle Propaganda) beständig weiter in Gang hält sowie die wichtige Rolle, die diese im Hochhalten der Denkart des Dschihad inne hat; 3. Der Abscheu und die Feindseligkeit gegenüber den USA, die im Zuge der Kriege gegen Irak und Afghanistan einen neuen Höhepunkt erreicht haben. Die USA, was immer sie auch für Demokratie und Menschenrechte unternehmen, ernten bei den arabischen Massen dafür statt Anerkennung nur Feindschaft. Dabei stellt Iran in jeglicher Hinsicht die Ausnahme dar.

Trotz dessen, daß die Regierung Irans die denkbar schlechtesten Beziehungen mit den USA unterhält, ist das Volk Irans der einzige Freund der USA in der Region. Sogar die Türkei kann unter den muslimischen Gesellschaften in dieser Hinsicht Iran nicht den Rang ablaufen. In Iran existieren abgesehen von den kaum bedeutsamen Resten der extremen Linken und der Hizbollahis keinerlei Vorbehalte gegen die Unterstützung der USA für den Aufbau der Demokratie. Es ist genau diese Erwartung, die die Iraner auch in die Europäer setzen. Iran hat eine Regierung, die sich der Umsetzung der Scharia verpflichtet sieht. Doch weist es die weltlichste Gesellschaft unter den Ländern mit mehrheitlich Muslimen auf. Die Rolle des Islam im Leben der Menschen verliert mit jedem Tag an Bedeutung. In den Städten Irans ist der Gebetsruf nicht zu vernehmen, die Moscheen sind leer, und die Mullahs trauen sich aus Angst vor den Beleidigungen und Erniedrigungen durch die Leute nur noch in Verkleidung auf die Straße. Frauen und Jugendliche machen den Spielraum für die Regierung Tag für Tag enger, und nehmen sich immer mehr unislamische Sonderrechte heraus. Iran hat eine der lebendigsten Zivilgesellschaften der Region. Palästina hat für die iranischen Massen keinerlei Priorität, und eine der Forderungen, die seitens der Leute garantiert nicht aufkommt, ist die, daß die Regierung Palästina befreien und sich über dessen Situation

Gedanken machen sollte. In Iran wird niemand zum Glaubenskrieger. Berücksichtigt man die Stärke der Freiheitsbewegung der Menschen in Iran im Vergleich mit der übrigen Region, so haben die Iraner für den Aufbau einer liberalen Demokratie die allerbesten Aussichten. Von Pakistan bis Marrakesch ist keine Gesellschaft auszumachen, die über eine solche Komplexität und Weltklugheit verfügt wie die iranische - unter eben dieser islamischen und rückwärtsgewandten Regierung.

Der unzweideutige und wiederholt gezeigte Rückhalt durch die wichtigsten offiziellen Stellen der USA für Demokratie und Menschenrechte in Iran geschieht daher sowohl wegen des Kampfes gegen den islamischen Terrorismus als auch im Sinne einer richtigen Politik, die den USA einen vertrauenswürdigen Rang in Iran nach dem islamischen Regime verleihen wird. Die Amerikaner haben sich selbst von einem Exportmarkt von über 20 Milliarden Dollar im Jahr und von Geschäften mit einem Regime, dem die Mehrheit der Menschen im Lande feindselig gegenübersteht, abgeschnitten, und alles den heftig werbenden Europäern überlassen. Aber auf lange Sicht wird es nicht dieses Europa sein, das die Freundschaft Irans erlangen wird, eines Iran, das, sobald es von der schweren Last der islamischen Regierung befreit sein wird, eine vor Energien nur so sprudelnde Quelle und schnell der bedeutendste Markt der Region sein wird. Die wirtschaftliche und kulturelle Kapazität Irans ist mit keinem der übrigen Länder des „erweiterten Mittleren Osten“ gleichzusetzen. Über kurz oder lang wird der angemessene politische Raum für die Umsetzung dieser enormen Kapazität geschaffen sein, und dann werden die Iraner selbstredend die Jahre der Islamischen Republik und die Rolle der Europäer bei der Verlängerung der Dauer dieses Regimes mit anderen Augen betrachten.

Nach zwei ablehnenden Voten bei den Referenden in Frankreich und Holland zur neuen Verfassung Europas und an der Schwelle zu vorgezogenen Neuwahlen in Deutschland macht nun die politische Perspektive innerhalb der europäischen Gemeinschaft einen bedeutsamen Wandel durch. Ein iranischer Beobachter, der sich für ein künftiges liberal-demokratisches Iran in einer Welt einsetzt, die, befreit von ihren diktatorischen Regimen, offen ist für Gedanken- wie Produktaustausch, hofft darauf, daß aus diesem kleinen Erdbeben ein Europa hervorgehen mag, daß sich in Fortführung seiner 500-jährigen Tradition für den Aufbau eines solchen Iran und einer solchen Welt einsetzt. In der europäischen Gemeinschaft

ist die Beschneidung der Wortführerschaft Frankreichs und das Stärkerwerden der Front der neu zur Freiheit gekommenen Länder des europäischen Ostens – das „neue Europa“ in der ironischen Diktion des US-Verteidigungsministers – eine unausweichliche Entwicklung. Es ist vorhersehbar, daß ein Teil, mit Unterstützung dieser Länder, dem britischen Lösungsweg der allmählichen Entwicklung der europäischen Gemeinschaft anstatt dem bürokratischen Lösungsweg von Franzosen und Deutschen folgen wird. Aber entscheidender als dies ist für unsere Erörterung die Rolle, die Länder wie insbesondere Polen oder die Tschechische Republik im Vorantreiben einer europäischen Politik, die sich für die Freiheitsbewegungen in der Welt einsetzt, spielen können. Sie geben neben trockener Staatsräson und Realpolitik der Staaten überdies der idealistischen Verpflichtung zu Freiheit und Menschenrechten Raum, wobei für die Mehrzahl der Menschen in der Welt die Botschaft der Freiheit mitschwingt.

Bei den Wahlen im September ruht die Hoffnung eines alten Freundes Deutschlands darin, daß, sobald erst einmal die Programme zu mehr wirtschaftlicher Freiheit umgesetzt sind, jede Seite auf der Gewinnerseite sein wird. Jemand, der sich seit seiner Kindheit mit Deutschland eng verbunden fühlt, empfindet große Bekümmernis, wenn er hört, wie man das Land als den „kranken Mann“ Europas bezeichnet (seit kurzem verleiht man Italien diesen Titel). Die Deutschen haben gezeigt, daß sie am Abgrund stehend kehrt machen können, auch wenn sie wie so viele von uns sich dem Rand des Abgrunds erst nähern müssen, damit sie sich mit Überlegungen zu Reformen befassen. Für den Bereich der Außenpolitik darf man hoffnungsfroh sein, daß Deutschland wenigstens mit einem Auge von Frankreich weg auf seine östlich gelegenen Nachbarn schießt. Deutschland hat zwei Mal innerhalb der 70 Jahre nach dem Sieg in Sedan bezüglich jener Nachbarn und der Ziele seiner Europapolitik völlig falsch gehandelt, und während der letzten Jahre schenkte es dem, was es tun mußte und konnte, keine Beachtung. Nun hat es bei den anstehenden Wahlen die Gelegenheit zum Wandel. Zentraleuropa ist ein allzeit bereiter Born für wirtschaftliches Wachstum und sorgt für frisches Blut in Europas Adern, die vielerorts verhärtet sind, und kein Land vermag das große Potential der Region in einem vergleichbaren Rahmen und bei allseitigem Nutzen so umzusetzen wie Deutschland. Als Deutschland wiedervereint wurde, war die Hoffnung die, daß es als das natürliche Zentrum Europas tätig werde. Aber das linke Bündnis zog es vor, seine Außenpolitik an der Frankreichs auszurichten.

Im Zusammenhang mit der vorliegenden Erörterung besteht in einer äußerst wichtigen Hinsicht die Hoffnung, daß in der zukünftigen Regierung an die Stelle der Gegnerschaft mit den USA eine neue und stärkere Zusammenarbeit tritt, die sowohl für den politischen Ausgleich des Landes notwendig ist als auch dafür, daß die Welt für die Demokratie sicherer gemacht wird. Heute befindet sich der „erweiterte Mittlere Osten“ in einer Situation, die nach Ansicht einiger vergleichbar der Europas nach dem Zweiten Weltkrieg ist. Es ist eine Region, die sowohl dazu fähig ist, in das schwarze Loch des islamischen Fundamentalismus abzustürzen, als auch mit dem tatkräftigen Beistand der Welt außerhalb dafür bereit ist, seine Schritte zum Himmel der Demokratie und der Menschenrechte hoch zu lenken. Vor sechs Jahrzehnten halfen die Amerikaner den Europäern mit einem bewunderungswürdigen Programm, um deren Ökonomie und Politik wieder auf die Beine zu bringen. Vom Regierungswesen bis zur Zivilgesellschaft und Industrie blieb nichts von der freigebigen Unterstützung ausgenommen. Jetzt, da die USA aus denselben Gründen des nationalen Nutzens heraus mit einem viel bescheideneren, aber im gleichen Maße unerläßlichen Programm, zur Befreiung der Menschen dieser Region von usurpatorischen, korrupten und terroristischen Regierungen wie die der Islamischen Republik einen ersten Schritt unternommen haben, ist es für ein solch erfahrenes Land wie Deutschland das Mindeste, daß es dieses Programm mit trägt und unterstützt. Insoweit dies mit Iran in Beziehung steht, gibt es keinerlei Hindernisse, den USA dabei den Rücken zu stärken. Wenn die gegenwärtigen Weltmächte und Imperien, auf deren Flaggen die Sonne einst niemals unterging, eine Zeitlang die wirtschaftlichen Hilfen der USA begrüßten, dann können die Iraner den politischen und propagandistischen Beistand der USA nutzen. So wird die Zivilgesellschaft Irans in die Lage versetzt, wie all die Länder von Zentralasien und dem Kaukasus bis Osteuropa, dank eines solchen Rückhalts zu einem zusätzlichen Faktor im Kampf gegen die Gruppe von Mollas zu werden, die nicht gewählt wurden.

Wir sehen mit erwartungsvollen Blicken den Wahlen im September in Deutschland entgegen.

Übersetzt aus dem Persischen von Siegfried Weber